

Handelsblatt

HandelsblattNr. 237 vom 07.12.2021 Seite 006

Politik

Moritz Koch, Christian Werme Brüssel, Rom

Im Kampf gegen die Pandemie sind die Regierungen der Euro-Länder bis zum Äußersten gegangen – und in Italien noch etwas weiter. So in etwa lässt sich die Einschätzung der EU-Kommission zusammenfassen. Die Brüsseler Behörde hat die Haushaltspläne der Mitgliedstaaten für das kommende Jahr gebilligt, nur von den Italienern hat sie Nachbesserungen verlangt. Der Schuldenuffrei der Kommission war am Montag Thema beim Treffen der Euro-Finanzminister in Brüssel. Größeren Widerstand leistete die italienische Regierung im Kreis der Mitgliedstaaten nicht. Schließlich fallen die Formulierungen äußerst moderat aus. Einen Sparkurs verlangt Brüssel nicht, vielmehr lädt die Kommission Italien dazu ein, den Anstieg der laufenden Ausgaben zu begrenzen.

Es ist eine Auseinandersetzung mit Samthandschuhen – und doch ist sie von großer Bedeutung. Denn es geht um die Frage, wann und wie die Euro-Staaten den finanzpolitischen Ausnahmezustand verlassen und zu einer geregelten Haushaltsführung zurückkehren sollen. „Wir können die Konsolidierung nicht ewig vertagen, irgendwann müssen die Regierungen damit anfangen“, mahnt Guntram Wolff, Direktor des Wirtschaftsinstituts Bruegel. Auch im EU-Parlament werden die Beunruhigung. „Italien bereitet mit seinem hohen Schuldenstand Sorge“, sagt CSU-Finanzpolitiker Markus Ferber. Zumal die Unterstützung der Europäischen Zentralbank „mittelfristig“ ausfallen werde.

Seit Jahren hilft die EZB mit dem Kauf von Staatsanleihen dabei, das Zinsniveau im Euro-Raum zu drücken. Gerade südeuropäische Länder profitieren davon. Doch die steigende Inflation könnte die Notenbank schon bald zu einer Kurskorrektur zwingen – und die Regierung in Rom den Klauen der Kapitalmärkte überlassen. „Wenn die Investoren das Vertrauen verlieren, wird es für Italien unbezahlbar“, warnt Ferber. Italien trägt derzeit fast ein Viertel der Schuldenlast in der Euro-Zone. Ende des Jahres könnte sich der Schuldenberg auf 2,7 Billionen Euro aufblähen – ein neuer Rekord. Damit ist das Land ein systemisches Risiko für die Euro-Zone, oder im Jargon der Finanzkreise: „too big to fail“.

Premier Mario Draghi hat zwar immer wieder betont, dass er die Verbindlichkeiten abbauen will. Aber auch, dass dies für ihn nur über einen Weg funktioniert. „Aus dieser hohen Verschuldungssituation werden wir, aber auch die Franzosen, die Spanier, alle Europäer, nur durch höheres Wachstum herauskommen“, erklärte Draghi schon vor Monaten. Auch seine Forderung, die Schuldenregeln der EU zu reformieren, platzierte er zuletzt immer öfter. Diese schreiben eine maximale Staatsverschuldung von 60 Prozent der nationalen Wirtschaftskraft vor und begrenzen das zulässige Haushaltsdefizit auf drei Prozent. Die EU-Kommission hat Beratungen für eine Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts angestoßen. Im kommenden Jahr will Währungskommissar Paolo Gentiloni, von Ende 2016 bis Mitte 2018 selbst italienischer Premier, seine Vorschläge präsentieren. In der Pandemie ist die Staatsverschuldung im Euro-Zonen-Schritt auf



Mario Draghi: Der italienische Premier will das Wachstum des Landes unbedingt retten.

PHOTO: AP/WIDEWORLD / ANSA

EU Mario Draghis Schuldenrisiko

Italiens Wirtschaft wächst stark, die Staatsverschuldung allerdings auch. Die Omikron-Variante verstärkt die Unsicherheit – und die Gefahr für die Euro-Zone.

100 Prozent der Wirtschaftskraft gestiegen. Nach den derzeitigen Regeln müsste Italien so hohe Überschüsse erwirtschaften, dass das Land innerhalb von 20 Jahren wieder die 60-Prozent-Marke erreicht. Dies würde nach Einschätzung von Ökonomen derart herbe Haushaltskürzungen verlangen, dass Italien und ähnlich verschuldeten Ländern ein schwerer Konjunkturereinbruch drohte – und der Schuldenstand gemessen an der nationalen Wirtschaftskraft sogar steigen würde.

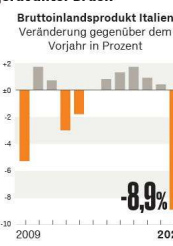
Der 750 Milliarden Euro umfassende Wiederaufbaufonds der EU ist eigens dafür aufgelegt worden, die Euro-Staaten vor einer selbstzerstörerischen Sparpolitik zu bewahren. Allein Italien kann mit 191 Milliarden Euro aus Brüssel rechnen, knapp ein Drittel davon sind Zuschüsse, die nicht zurückgezahlt werden müssen. Diese Gelegenheit sollte Rom nutzen, um die nationalen Ausgaben zu begrenzen. „Sonst wird das Defizit zu hoch und die später erforderliche Anpassung zu hart“, sagt Ökonom Wolff. Zusätzliche Unsicherheit schürt Omikron, die neue, offenbar hochansteckende Variante des Coronavirus. „Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Schutz der bisherigen Impfungen gering ist und neue Lockdowns erforderlich werden“, argumentiert Wolff. In diesem Fall müssten die Regierungen die Wirtschaft mit neuen Hilfsprogrammen stützen. Auch deshalb sei es klug, sich finanziellen Spielraum zu bewahren.

Der Internationale Währungsfonds (IWF) kommt zu einer ähnlichen Einschätzung. IWF-Chefin Kristalina Georgiewa nahm am Brüsseler Treffen der Euro-Gruppe teil und präsentierte die Analyse ihrer Ökonomen. Schon zuvor hatte

sie gewarnt, dass Omikron die Wachstumsaussichten eintrübt. „Eine neue Variante, die sich sehr schnell verbreiten könnte, kann das Vertrauen beeinträchtigen“, so Georgiewa.

Gerade für Italien wäre ein Wiederaufflammen der Pandemie dramatisch. Das Land wurde von der Krise besonders hart getroffen. 2020 brach die Wirtschaftsleistung um knapp neun Prozent ein. Gerade schien es, als würde Italien wieder Trüffeln fassen. Die Wirtschaft entwickelte sich

Covid-19: Wirtschaft gerät unter Druck



HANDELSBLATT

Quelle: Eurostat

so dynamisch wie lange nicht mehr. Um mehr als sechs Prozent soll sie im Jahr 2021 wachsen – 1,5 Prozentpunkte besser als noch am Jahresanfang prognostiziert und weitaus stärker als viele andere Industrienationen auf der Welt. Das Niveau von 2019 wird die italienische Wirtschaft schon im ersten Halbjahr des kommenden Jahres hinter sich lassen, für 2022 wird das BIP-Wachstum auf 4,6 Prozent geschätzt. Die Regierung will dieses Wachstum auf keinen Fall abwürgen – und weiter Schulden aufnehmen. Das Haushaltsdefizit soll 2022 bei 5,6 Prozent der Wirtschaftsleistung liegen, weit über den Maastricht-Kriterien. Von den 30 Milliarden Euro im neuen Haushaltsgesetz sind allein zwölf Milliarden für Steuererleichterungen vorgesehen. Über eine Steuerreform sollen vor allem Familien mit geringem Einkommen profitieren. Aber auch Rentner müssen künftig weniger Steuern zahlen. Selbst Gutverdienender werden laut Entwurf, der bis Ende des Jahres durchs Parlament muss, weniger zur Kasse gebeten.

Bei solch ausgabenfreudigen Plänen kommen Zweifel auf, ob Italien ernsthaft das Ziel verfolgt, die strukturelle Verschuldung anzupacken. Schon heute liegt sie bei 155,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). In der Euro-Zone stehen nur die Griechen noch schlechter da. Blickt man in die Haushaltsplanung der kommenden Jahre, schrumpft dieser Wert nur langsam. Finanzminister Daniele Franco plant noch im Jahr 2024 mit einer Verschuldung von 146,1 Prozent des BIP. Vor Corona lag dieser Wert bei 134,8 Prozent.

Immerhin ist der Schuldendienst zuletzt durch das niedrige Zinsniveau gesunken. Liegen die gewichteten Durchschnittskosten der Ver-

2,7

Billionen Euro
könnte die Staatsverschuldung Italiens zum Ende des Jahres 2021 betragen. Das ist rund ein Viertel der Schuldenlast in der Euro-Zone.

Quelle: Regierungsjahresangaben

bindlichkeiten im Jahr 2012 noch bei vier Prozent, sind sie nun auf geschätzt zwei Prozent gefallen. Derzeit sind italienische Staatsanleihen bei zehn Jahren Laufzeit mit 0,9 Prozent verzinst – so niedrig wie schon lange nicht mehr. Und auch dank der steigenden Inflation, die im November mit 3,8 Prozent so hoch lag wie zuletzt im Jahr 2013, schmizt Italiens Schuldenberg etwas ab.

Dennoch kritisiert auch der Industrieverband Confindustria die Haushaltsplanung: Sie sei „kein wesentlicher Schritt in Richtung Modernisierung des Landes“. Für die Unternehmen finde sich „nichts“ im Haushaltsplan, klagte Confindustria-Präsident Carlo Bonomi im Interview mit der Zeitung „Corriere della Sera“. „Im Gegenteil, es gibt eine Reihe von Punkten, die das Wachstum der Firmen untergraben.“ Ähnlich äußert sich der Verband API, der kleine und mittelständische Unternehmen vertritt. „Unsere Unternehmen sind diejenigen, die innovativ sind“, erklärt API-Präsident Paolo Galassi. „Aber sie müssen stärker unterstützt werden.“ Bei grüner Innovation beispielsweise, einem Herzstück des EU-Wiederaufbaufonds, sieht er „noch kein echtes Projekt“ der Regierung.

Für den italienischen Ökonomen Lorenzo Codogno ist ebenfalls „keine Haushaltskonsolidierung in Sicht“. Das Land habe tiefe strukturelle Probleme, die von Draghis Regierung auf den Weg gebrachte Reformen und erhöhte Investitionen reichen nicht aus, um die Aussichten nachhaltig zu ändern. Codogno ist sich sicher: „Diese Regierung müsste mindestens fünf Jahre an der Macht bleiben, um sicherzustellen, dass Reformen nicht nur verabschiedet, sondern auch umgesetzt werden.“ Doch das ist angesichts der chronischen Instabilität des italienischen Regierungssystems nicht sonderlich wahrscheinlich.



Kristalina Georgiewa: Die IWF-Chefin warnt vor den Auswirkungen der Omikron-Variante.

Mario Draghi e il rischio debito

L'economia italiana è in forte crescita, così come il debito pubblico nazionale. La variante omicron aumenta l'incertezza - un pericolo per la zona euro.

I governi dei Paesi europei hanno fatto tutto il possibile per contrastare la pandemia, l'Italia anche di più. Questa è in linea di massima la valutazione della Commissione UE. L'autorità di Bruxelles ha approvato i bilanci degli stati membri per il prossimo anno, chiedendo un miglioramento solamente agli italiani. La "strigliata" della Commissione è stata il tema centrale della riunione dei ministri delle finanze europei, tenutasi a Bruxelles lunedì scorso. L'Italia non ha opposto alcuna resistenza durante la discussione con gli altri stati membri. Dopo tutto, ciò che le viene richiesto non è impossibile da attuare: Bruxelles non pretende una linea di austerità, ma invita semplicemente a limitare l'attuale aumento della spesa.

La discussione si sta svolgendo con i guanti di velluto. Eppure è di grande importanza, dato che riguarda la questione di quando e come gli stati europei dovrebbero uscire dallo stato di emergenza fiscale e tornare alla gestione regolare del bilancio. "Non possiamo rimandare il consolidamento per sempre, a un certo punto i governi devono agire", avverte Guntram Wolff, direttore del *think tank* politico-economico Bruegel. Anche nel Parlamento europeo c'è crescente preoccupazione. "L'alto tasso del debito pubblico dell'Italia preoccupa", afferma il politico delle finanze della CSU Markus Ferber. Tanto più che il sostegno della Banca Centrale Europea dovrebbe cessare "a breve".

Da anni la BCE ha contribuito ad abbassare i tassi di interesse nell'area dell'euro acquistando titoli di stato. Questo soprattutto a vantaggio dei Paesi dell'Europa meridionale. Ma l'aumento dell'inflazione potrebbe presto costringere la banca centrale a cambiare rotta - e lasciare il governo di Roma nelle grinfie dei mercati dei capitali. "Se gli investitori perdono la fiducia, l'Italia potrebbe entrare nei guai", avverte Ferber. Attualmente il debito del Paese ammonta a quasi un quarto del debito nella zona euro. Entro la fine dell'anno questa montagna colossale potrebbe aumentare fino a 2,7 trilioni di euro: un nuovo record. Questo rende il Paese un "rischio sistemico" per l'Eurozona. Nel gergo della crisi finanziaria: "too big to fail".

Il primo ministro Mario Draghi ha più volte ribadito di voler ridurre il debito, sottolineando che c'è solo un modo per farlo. "Noi, ma anche i francesi, gli spagnoli, tutti gli europei, usciremo da questa situazione di alto indebitamento solamente grazie ad una maggiore crescita", ha detto Draghi mesi fa. Sempre più spesso ha sollecitato una riforma delle classiche regole del debito dell'UE, che prescrivono un debito nazionale massimo del 60 per cento del PIL e limitano il deficit di bilancio ammissibile al tre per cento.

La Commissione europea ha iniziato le consultazioni per una riforma del Patto di stabilità e crescita. Il commissario europeo per gli affari economici e monetari Paolo Gentiloni, che era stato primo ministro italiano dalla fine del 2016 alla metà del 2018, vuole presentare le sue proposte il prossimo anno. Durante la pandemia, il debito pubblico è salito mediamente al 100 per cento della produzione economica nella zona euro. Secondo le regole attuali l'Italia

dovrebbe generare surplus così alti che il Paese ci metterebbe circa 20 anni per raggiungere nuovamente il limite previsto del 60%. Secondo gli economisti questo richiederebbe tagli di bilancio così ingenti che l'Italia e i Paesi altrettanto indebitati rischierebbero un grave crollo economico. Il livello del debito aumenterebbe addirittura in relazione alla potenza economica nazionale.

Il fondo di ricostruzione da 750 miliardi di euro dell'UE è stato creato appositamente per salvare gli stati dell'euro da una politica di austerità autodistruttiva. All'Italia spettano ben 191 miliardi di euro da Bruxelles, quasi un terzo dei quali sono finanziamenti a fondo perduto. Roma dovrebbe sfruttare questa opportunità per limitare la spesa nazionale. "Altrimenti il deficit diventerebbe troppo alto e l'aggiustamento richiesto in seguito troppo duro", spiega l'economista Wolff. Un'ulteriore incertezza è dovuta a omicron, la nuova variante altamente contagiosa del coronavirus. "La protezione offerta dai vaccini precedenti potrebbe non essere sufficiente e potrebbero rendersi necessari nuovi lockdown", sostiene Wolff. In questo caso i governi dovrebbero sostenere l'economia con nuovi programmi di aiuto. Anche per questo motivo sarebbe importante conservare un margine di manovra finanziaria.

Anche dal Fondo Monetario Internazionale (FMI) arriva una valutazione simile. La Direttrice Operativa del FMI Kristalina Georgieva ha partecipato alla riunione di Bruxelles dell'Eurogruppo e ha presentato l'analisi dei suoi economisti. Aveva già avvertito che omicron potrebbe indebolire le prospettive di crescita. "Una nuova variante che potrebbe diffondersi molto rapidamente può chiaramente influenzare la fiducia", ha detto Georgieva.

Un aggravamento della pandemia sarebbe deleterio soprattutto per l'Italia, che era stata colpita in maniera molto grave dalla crisi. Nel 2020 la produzione economica era crollata del nove per cento. E proprio ora sembrava che si stesse riprendendo. Era da tempo che l'economia italiana non era così in fermento: si prevede che crescerà di oltre il sei per cento nel 2021 - 1,5 punti percentuali meglio di quanto previsto all'inizio dell'anno e molto più forte di molte altre nazioni industrializzate del mondo. L'economia italiana si lascerà alle spalle il livello del 2019 già nella prima metà del prossimo anno, e la crescita del PIL è stimata al 4,6 per cento per il 2022. Il governo non vuole certo bloccare questa crescita e continuare ad indebitarsi. Il deficit di bilancio dovrebbe essere del 5,6% della produzione economica nel 2022, molto al di sopra dei criteri di Maastricht. Dei 30 miliardi di euro della nuova legge di bilancio, solamente dodici miliardi sono destinati alla riduzione delle tasse. Saranno soprattutto le famiglie a basso reddito a beneficiare della riforma fiscale. Ma anche i pensionati, che in futuro dovranno pagare meno tasse. Secondo la bozza della riforma, che dovrà essere approvata in Parlamento entro la fine dell'anno, anche i redditi elevati saranno soggetti ad una tassazione inferiore.

Con piani di spesa così alti sorgono dubbi sul fatto che l'Italia stia seriamente perseguendo l'obiettivo di ridurre il debito strutturale, che attualmente ammonta al 155,6% del prodotto interno lordo (PIL). Nella zona euro solamente la Grecia è messa peggio. Se si guarda alla pianificazione del bilancio per i prossimi anni, questo valore si sta riducendo molto lentamente: per il 2024 il ministro delle finanze Daniele Franco prevede ancora un debito del 146,1 per cento del PIL. Prima della pandemia il valore era del 134,8%.

Di recente il servizio del debito è diminuito a causa del basso livello dei tassi d'interesse. Mentre nel 2012 il costo medio ponderato del debito era ancora del quattro per cento, ora è sceso circa al due per cento. Al momento i titoli di stato italiani con durata decennale hanno un tasso d'interesse dello 0,9% - il più basso da anni. Anche grazie all'aumento dell'inflazione, che con il tasso del 3,8% di novembre è stata la più alta dal 2013, l'enorme debito pubblico italiano si sta lentamente riducendo.

Tuttavia, l'associazione industriale Confindustria critica il piano di bilancio, che non vede come "un passo significativo verso la modernizzazione del Paese". Esso non prevede "nulla" per le imprese, si è lamentato il presidente di Confindustria Carlo Bonomi in un'intervista al Corriere della Sera. Anche l'associazione API, che rappresenta le piccole e medie imprese, ha espresso un parere simile. "Le nostre aziende sono innovative", ha spiegato il presidente dell'API Paolo Galassi. "Ma hanno bisogno di più sostegno". Nel campo dell'innovazione ecologica, per esempio, una delle priorità alla base del fondo di recupero dell'UE, non vi è ancora "alcun progetto reale" da parte del governo.

Secondo l'economista italiano Lorenzo Codogno non c'è nemmeno "alcun consolidamento fiscale in vista". Il Paese ha profondi problemi strutturali, dice, e le riforme e l'aumento degli investimenti lanciati dal governo di Draghi non sono sufficienti per cambiare le prospettive a lungo termine. Codogno è certo di una cosa: "questo governo dovrebbe rimanere al potere per almeno cinque anni, in modo da garantire che le riforme non vengano solo approvate, ma anche attuate". Ma vista la cronica instabilità del sistema politico italiano questo scenario non è particolarmente probabile.

Passkontrolle für den Bus

In Italien gilt 3G nun auch im öffentlichen Nahverkehr. Fast alles Schöne steht nur Geimpften offen

Rom – Mailand, Turin, Bologna, Florenz, Rom, Neapel – und wieder von vorn. Es war ein bisschen wie bei diesen Konferenzschaltungen im Fußball. Die italienischen Fernsehsender haben ihre Reporter in alle großen Städte des Landes geschickt, damit sie von der lange erwarteten Einführung des „Super Green Passes“ berichteten, wie die Italiener das Zertifikat nur für Geimpfte und Genesene nennen, und auch über die Kontrollen für 3G im öffentlichen Nahverkehr.

Der Nachrichtensender „Sky TG 24“ schickte einen Journalisten an den Piazzale Roma in Venedig, jenem Platz in der Lagunenstadt, an der die Pendler vom Vaporetto auf den Bus wechseln oder umgekehrt, wohl eines der romantischsten Verkehrskreuzer dieser Welt. Und überall stellte sich dieselbe Frage: Wie überprüft man Millionen in Bewegung – das Morgenvolk auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule, an die Universität?

Die Akzeptanz in Italien für die strengeren Regeln ist überwältigend groß

Italiens Regierung weitet die Zertifikatspflicht noch einmal massiv aus, um so die Gefahr abzuwehren, dass das Land bei steigenden Infektionszahlen wieder in den Lockdown muss. Die Aussicht, dass das gelingen könnte, ist gut – noch jedenfalls. Die Impfquote der Über-12-Jährigen liegt bei fast 88 Prozent, jeden Tag werden zudem etwa eine halbe Million Booster verimpft. Die Intensivstationen sind mit 736 Covid-Patienten belegt, der Wert liegt deutlich unter der Alarmstufe.

Wenn es nach Ministerpräsident Mario Draghi geht, soll für Geimpfte und Genese-

ne Weihnachten möglichst alle gewohnten Freuden bereithalten, die das Fest mit sich bringt. Im Notfall würde man die Freiheiten der Ungeimpften noch etwas weiter einschränken. Viel mehr ist allerdings nicht mehr möglich.

Seit Montag und mindestens bis 15. Januar darf also nur noch Bus, U-Bahn, Tram und Zug fahren, wer mindestens einen frischen Negativtest vorweisen kann. Bei Regelbruch drohen Strafen von 400 bis 1000 Euro. Die Verkehrsbetriebe haben Extrapersonal für die Kontrollen entsandt, in Rom begann die erste Schicht schon um 5 Uhr früh. Verstärkt wurde das Aufgebot von Carabinieri und Stadtpolizisten, die bei den Haltestellen die aussteigenden Passagiere stichprobenweise kontrollierten.

Bisher hatte in Italien die Zertifikatspflicht lediglich für überregionale Trans-



Eine italienische Polizistin kontrolliert in Rom das Covid-Zertifikat eines Passagiers. FOTO: YARA NARDI/REUTERS

portmittel gegolten. Als Zertifikatsverweigerer kann man sich nun nur noch zu Fuß oder im eigenen Auto fortbewegen – und letzteres auch nur, solange die Heimregion im geltenden Ampelsystem nicht als orange oder rot eingestuft wird. Im Moment sind außer zwei Regionen alle weiß, niedrigste Risikostufe: Das nordöstliche Friuli Venezia Giulia und die autonome Provinz Südtirol sind gelb.

In Südtirol, wo es besonders viele Impfskeptiker gibt, sind sogar 26 Gemeinde zu „roten Zonen“ erklärt worden – und das zum Start der Wintersaison. Das nachbarschaftliche Trentino wiederum zählt zu den impffreudigsten Provinzen Italiens und bleibt weiß. Den Skipass erhält in Italien nur, wer mindestens den „normalen“ Green Pass besitzt, 3G also. Zum Essen in die Skihütte dürfen aber nur die mit dem „Super Green Pass“ – oder wie er offiziell heißt: *rafforzato*, verstärkt.

Die aktuelle Version der App „Verifica C19“ zeigt beim Einlesen des QR-Codes sofort an, ob der grüne Pass nun „super“ ist oder nur „basic“. Super braucht es neu für das Innere von Restaurants, für Kinos, Theater, Sportstadien und Diskotheken. Etwas kurios: DJs und Köche brauchen lediglich 3G, weil am Arbeitsplatz schließlich überall 3G reicht. Und in Museen, Archiven, Bibliotheken.

Die meisten Großstädte haben freiwillig beschlossen, in ihren Fußgängerzonen wieder Maskenpflicht im Freien einzuführen. Wer keine trägt, wird auch mal von einem Polizisten dazu angehalten. Viel Überzeugungsarbeit ist allerdings nicht nötig, überhaupt ist die Akzeptanz für die Maßnahmen überwältigend groß. Man will die einigermaßen gute, im europäischen Vergleich recht positive Ausgangslage nicht aufs Spiel setzen. OLIVER MEILER

Controlli *Green Pass* su bus

In Italia il *Green Pass* è ora obbligatorio anche sui mezzi di trasporto pubblico. Quasi tutte le cose belle sembrano riservate solamente ai vaccinati.

OLIVER MEILER, Roma

Milano, Torino, Bologna, Firenze, Roma, Napoli - ovunque in Italia. Un po' come le *conference call* nel calcio. Le televisioni italiane hanno inviato i loro reporter in tutte le grandi città del Paese per verificare le reazioni alla tanto attesa introduzione del "Super Green Pass", come viene chiamato in Italia il certificato solo per vaccinati e guariti covid, e ai controlli del Green Pass sui trasporti pubblici.

L'emittente "Sky TG 24" ha inviato un giornalista al Piazzale Roma di Venezia, la piazza della città lagunare dove i pendolari passano dal vaporetto all'autobus o viceversa, probabilmente uno degli incroci più romantici al mondo. E ovunque è sorta la stessa domanda: come si fa a controllare milioni di persone in movimento, la folla mattutina che si reca al lavoro, a scuola, all'università?

Ancora una volta il governo italiano sta inasprendo i requisiti della certificazione per scongiurare il pericolo di un nuovo lockdown nel caso di un aumento significativo delle infezioni da covid. Le prospettive di successo sono buone, almeno per il momento. Il tasso di vaccinazione tra gli over 12 è di quasi 88%, e ogni giorno vengono somministrati circa mezzo milione di richiami. Al momento le unità di terapia intensiva sono occupate da 736 pazienti Covid, ben al di sotto del livello di allarme.

Se fosse per il primo ministro Mario Draghi, quest'anno i possessori del *Super Green Pass* dovrebbero riuscire a godersi tutti i classici piaceri del Natale. In caso di emergenza verranno limitate ulteriormente le libertà dei non vaccinati. Più di così non si può fare.

Inoltre, a partire da lunedì e almeno fino al 15 gennaio, solo chi è in possesso del Green Pass sarà autorizzato a viaggiare in autobus, metropolitana, tram e treno. Se si infrangono le regole si può andare incontro a multe da 400 a 1000 euro. Le compagnie di trasporto hanno inviato personale extra per effettuare i controlli: a Roma il primo turno è iniziato alle 5 del mattino. Carabinieri e agenti della polizia municipale stanno inoltre effettuando controlli a campione alle fermate.

Finora l'obbligo di presentare il Green Pass vigeva solamente per i mezzi di trasporto interregionale. Quindi ora chi non è in possesso del certificato si può spostare solamente a piedi o con il proprio mezzo - e questo finché la regione di appartenenza non entra in zona arancione o rossa. Al momento tutte le regioni, tranne due, sono in zona bianca, con il livello di rischio più basso. Il nord-est del Friuli Venezia Giulia e la provincia autonoma di Bolzano sono invece gialle. In Alto Adige, dove gli scettici della vaccinazione sono particolarmente numerosi, addirittura 26 comuni sono stati dichiarati "zone rosse" - e questo all'inizio della stagione invernale. Il vicino Trentino, invece, è una delle province con più alto tasso di

vaccinazione d'Italia e rimane bianco. In Italia lo skipass viene rilasciato solo a chi ha almeno il Green Pass "normale", cioè la "certificazione 3G". Chi ha il "Super Green Pass" - il Pass "rafforzato" - può anche mangiare nei rifugi.

Quando il codice QR viene scansionato, la versione attuale dell'app "Verifica C19" mostra immediatamente se il Green Pass è "super" o "base". Il "super" viene ora richiesto all'interno di ristoranti, cinema, teatri, stadi sportivi e discoteche. Curioso il fatto che DJ e chef hanno bisogno solamente del Green Pass base, che viene richiesto anche in qualsiasi altro posto di lavoro. Così come nei musei, negli archivi e nelle biblioteche.

La maggior parte delle grandi città ha deciso volontariamente di reintrodurre l'obbligo di indossare le mascherine all'esterno, nelle zone pedonali. Talvolta interviene qualche poliziotto per invitare le persone ad indossarla. Non c'è bisogno di molta persuasione e l'accettazione delle misure è molto alta, dato che non si vogliono compromettere i buoni risultati raggiunti, anche in ottica europea.